



## **Jahreshauptversammlung 2021: Aufbruch und Kontinuität in der SPD-Bad Berneck**

**Nach zwei Jahren standen aktuell wieder Neuwahlen sämtlicher Aufgabenbereiche an. Der neue Vorstand ist personell identisch mit dem bisherigen. Und doch ist so einiges anders als im Jahr 2019.**

Das sind die neuen Umstände

Die vereint und geschlossen auftretende Partei ist im Bund wieder stärkste Kraft. Und Olaf Scholz auf dem besten Weg, der neue Bundeskanzler zu werden. Überdies mit einer voraussichtlichen Koalition, die sich anschicken will, vieles anders zu machen. Mehr auf die Zukunft gerichtet, nicht nur beim Klima, sondern auch beim gleichzeitigen Umbau der Wirtschaft und damit letztlich auch ein großes Stück weit der ganzen Gesellschaft.

Anders ist außerdem, dass die BayernSPD neuerdings in der jüngsten Umfrage mit einigem Abstand vor den Grünen wieder zweitstärkste politische Kraft im Freistaat ist. Aber noch bedeutsamer, dass wenn die Ampel im Bund funktioniert, erstmals seit Jahrzehnten die Option einer völlig neuen politischen Mehrheit heraufdämmern könnte – ohne die vermeintlich „ewige“ CSU. Dazu würden nach derzeitiger Umfrage SPD, Grünen und FDP zusammen nur noch ganz wenige Prozentpunkte fehlen.

CSU und Freie Wähler vermitteln selten den Eindruck einer einigen Koalition. Und der CSU dürfte weiterhin nachhängen, dass bei ihr Politiker genügend „Spielraum“ hatten, wie Alfred Sauter, MdL, und Georg Nüßlein, Ex-MdB. Gleich zu Beginn der Pandemie bedienten sich beide mit ihren Provisionen hemmungslos an völlig überhöhten Einkaufspreisen bei Masken- und anderen Geschäften im Zusammenhang mit der Pandemie. Mutmaßlich landeten auf diese Weise letztlich Steuermittel in ihren Taschen. Mehr dazu dürfte der Untersuchungsausschuss im Landtag noch zu Tage fördern.

Aber bei der Veranstaltung war noch ein ganz realer Umstand anders als sonst, wo üblicherweise abwechselnd die Abgeordneten Anette Kramme, MdB, und Inge Aures, MdL, als Gastrednerinnen die Versammlung bereichern. Ehrengast war diesmal Arif Tasdelen, MdL und Generalsekretär der BayernSPD.



Erstmals besucht ein leibhaftiger Generalsekretär der BayernSPD unsere Stadt, den Ortsverein und die Jahreshauptversammlung. Da schmunzelt auch der Bürgermeister.

*Foto: Albrecht Diller*

Weitere Gäste waren übrigens die SPD-Vorsitzende Landkreis Bayreuth, Sonja Wagner, ihr Stellvertreter in diesem Amt, Jan Michael Fischer, (beide auch Mitglieder des Kreistag Bayreuth) sowie der AWO-Vorsitzende der Stadt Bayreuth, Halil Tasdelen, der in Bayreuth auch dem Stadtrat angehört.

## Gründe des Wahlerfolgs im Bund

Die erwiesenen Erfolgsgründe im Bund wie derzeit auch offenbar in Bayern sieht Tasdelen vor allem in der Geschlossenheit der Partei. Bei der Bundestagswahl spielte außerdem eine große Rolle, wie glaubhaft und authentisch die Menschen die Kandidatin und die beiden Kandidaten wahrnahmen. Bei unserem Kandidat Olaf Scholz wussten sie im Positiven gleich eindeutig, woran sie waren.

Als die SPD im August noch um die 14 Prozent dümpelte, ging er mit Olaf Scholz vor dessen Münchner Auftrittstermin ganz normal über den Viktualienmarkt und erlebte einen nahbaren Kanzlerkandidaten. Einen, der sich Zeit nahm, zuhörte. Und der damit auch gleichzeitig seinen Respekt zeigte gegenüber seinen Gesprächspartnerinnen und -partnern. So wie es auf den Wahlplakaten stand. Als der Kandidat Mitte September zur zweiten Bayern-Tour kam und die Partei bereits um 20 Prozent lag, war er bereits umgeben von Personenschützern aus dem Bundeskanzleramt.

Zur Situation der BayernSPD bemerkte Tasdelen als logische Folge aus den Erfahrungen beim Bund, dass die Spitzenkandidatur ein Jahr vor der Landtagswahl 2023 nominiert wird, also gleich nach den Sommerferien im September 2022. Dabei schloss er aus, dass die SPD mit einer negativen, ausschließenden Aussage in den Wahlkampf gehen würde, wie ,mit der oder jener





Partei würde man nicht koalieren': „Denn das signalisierte doch von vornherein nach außen, wir ziehen in den Wahlkampf, um ihn zu verlieren! Wir wollen aber das Gegenteil, nämlich ihn gewinnen!“ So klar war das früher nicht der Fall. Da konnte man den Eindruck gewinnen, die BayernSPD hätte sich dauerhaft auf Opposition eingerichtet. Bei der 2018er Landtagswahl wurde sie dann von den Grünen überholt.

## Die Bedeutung von Integration und Jugendpolitik

Dann sprach Tasdelen den 60. Jahrestag an der Unterzeichnung des Anwerbeabkommens mit der Türkei. Die SPD-Landtagsfraktion hatte am 29.10.2021 als einzige im Maximilianeum einen Festakt dazu ausgerichtet mit Zeitzeugen, die damals 1961 nach Deutschland kamen.



Ein Generalsekretär zeigt der Basis immer Zukunftsperspektiven auf. Arif Tasdelen vermittelt über autobiografische Daten darüber hinaus auch seine tiefreichende politische Motivation und Kraft.

*Foto: Albrecht Diller*

Was das konkret bedeutete, zeigte er exemplarisch und auch sehr persönlich auf an der eigenen Familiengeschichte. Sie wanderten im Jahr 1982 nach Bayern zu. Seine Geschwister und er selbst kamen als Kinder noch rechtzeitig an, um Deutsch als Sprache zu erlernen. Älteren, auch bereits Jugendlichen, blieb das jedoch verwehrt. Damals gab es keine Angebote zur Integration. Denn die allgemeine Auffassung in der damaligen Bundesrepublik war, „dass die Gastarbeiter nach einigen Jahren wieder nach Hause gehen. Ein dauerhaftes Bleiben war nicht vorgesehen.“



Aber es kam anders. Sie wuchsen als Kinder und Jugendliche in Bayreuth auf und nahmen ihre Chancen auf dem Bildungsweg wahr. Für ihn ist daher ganz wichtig, dass die SPD vermittelt, als Partei für Aufstiegsmöglichkeiten zu stehen. Auch ein Ort zu sein, wo sich Menschen ehrenamtlich für andere einsetzen und wie in einer Familie zusammenarbeiten.

Wenn er sich an seinem heutigen Wohnort Nürnberg umschaute, dann haben dort mittlerweile zwischen 80 und 85 Prozent der Grundschul Kinder einen Migrationshintergrund. Für ihn als jugendpolitischen Sprecher der Fraktion ist daher zielgerichtete Jugendpolitik zugleich immer auch Integrationspolitik. Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die FDP rund 22 Prozent der Erstwählerstimmen, die Grünen 19, aber die SPD nur 14 Prozent. Eine Folge daraus war der durchgängige Rückgang der SPD bei den Erststimmen. Bei diesem Ergebnis ist es seiner Ansicht nach wichtig zu vermitteln, dass die FDP bei ihrem Freiheitsbegriff in erster Linie die Freiheit der Wirtschaft meint.

In dasselbe Horn blies Sonja Wagner in ihrem kurzen Grußwort. Auch als ausgewiesene Seniorenpolitikerin denkt und handelt sie bewusst ebenfalls mit für die Jugend. Dabei sprach sie das Thema Nachwuchsgewinnung an, denn die politische Arbeit muss ja fortgeführt werden. Umso mehr bekundete sie ihre Achtung und Respekt für die Leistungen von Jürgen Zinnert, Udo Sauerstein und Richard Schneider „in der Kommunalpolitik als Seele der Demokratie“.

## Bericht des Vorstands

Zuhal Giray betonte in ihrem Vorstandsbericht, dass während der Pandemie keine öffentlichen Veranstaltungen ausgerichtet werden konnten. Dafür war der Ortsverein im Internet auf der Homepage sowie in den Sozialen Medien auf den eigenen Seiten bei Facebook und Instagram umso aktiver. Vermutlich aufgrund der Themenvielfalt haben wir die meisten Follower unter den Parteien in unserer Stadt. Weiterhin ist dort alles präsent und kann jederzeit nachgeschaut werden. Berichtet und Stellung bezogen wurde zu örtlichen Themen, wie zur Ölschnitzmauer-Erneuerung, zur Situation bei Extremhochwasser in der Oberstadt bis zum Anger und über die unerträgliche Verkehrssituation in der Oberstadt bei Verkehrsstau auf der Autobahn.



Eine gelungene Überraschung für den Geehrten: Der Generalsekretär und die Ortsvereinsvorsitzende Zuhul Giray ehren Alt-Stadtrat Richard Schneider für 45 Jahre in der SPD.

*Foto: Albrecht Diller*

Aus der breiten gesellschaftspolitischen Palette nannte sie Beiträge zur digitalen Infrastruktur und -ausstattung bayerischer Schulen sowie die atomare Endlagerung hoch radioaktiver Brennstoffe. Denn dafür steht auch die Granitformation des Fichtelgebirges als mögliche Lagerstätte im „Zwischenbericht Teilgebiete“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Dort ist es seit dem 28.09.2020 als eines von insgesamt 90 Teilgebieten verzeichnet, die über ganz Deutschland verteilt liegen.

Historische Termine, als Anlässe zum Gedenken, waren der 150. Geburtstag von Friedrich Ebert, der 100. Geburtstag von Sophie Scholl, sowie der 50. Jahrestag von Willy Brandt an der Gedenkstätte des Warschauer Ghettos, die als Demutsgeste angesichts der von Deutschen begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein wichtiger Markstein zur Völkerverständigung bis hin zum Weg zur deutschen Wiedervereinigung war.

Innerparteilich war berichtet worden über die letzte Jahreshauptversammlung am 12.09.2020, die Nominierung von Anette Kramme im Wahlkreis 237 sowie ihre Reihung auf der Oberfranken- und Bayernliste. Ein ebenfalls wichtiges gemeldetes Datum war die Entscheidung für die Doppelspitze der BayernSPD mit Ronja Endres und Florian von Brunn sowie mit Arif Tasdelen als Generalsekretär.

Exemplarisch standen auf Facebook auch zwei Anlässe mit Fehlleistungen der CSU in Regierungsverantwortung, sowohl im Freistaat wie im Bund, die von der Rechtsprechung als unabhängige Instanz korrigiert wurden, aber nicht voll im Lichte und Bewusstsein der Öffentlichkeit standen. Horst Arnold, Inge Aures und Christian Flisek hatten heuer Mitte Januar im Auftrag der SPD-Landtagsfraktion eine Normenkontrolle eingereicht gegen die sogenannte „15 Kilometer-Regel“ bei einer Inzidenz, die sieben Tage und länger über 200 beträgt. Bereits eine gute Woche später am 26.01.2021 gab ihnen der Bayerische Verwaltungsgerichtshof recht.





Und tags darauf hob das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege auch die Verkaufsverbote für Spiel-, Haushaltswaren und Sportartikel auf. Anlass war die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Augsburg, das dem entsprechenden Antrag der Supermarktkette Feneberg aus Kempten/Allgäu recht gab. Immer ging es um Verletzungen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit durch Regierungsorgane des Freistaats.

*Zur Erklärung: Je „schärfer“ eine einschränkende pauschale Maßnahme allein nur per Verordnung der Regierung – ohne Parlamentsbeteiligung und/oder nähere gesetzliche Regelung – ausfällt, umso mehr muss sie mit fortschreitender Zeit immer wieder überprüft werden, ob sie noch angemessen ist. Das war in Bayern mehrfach während der Pandemie nicht geschehen. Um solche Fehler zu vermeiden und um die Kontrollrechte der Parlamente zu stärken, verfolgen die Ampel-Parteien ein durchdachtes Konzept. Pauschale Ausgangsbeschränkungen für alle, das geht nur solange kein Impfstoff vorhanden ist – wie vor einem Jahr. Es geht aber nicht mehr so einfach, wenn im Durchschnitt in Deutschland rund zwei Drittel der Bevölkerung einen Impfschutz haben.*



Auch Generalsekretär Arif Tasdelen sollte nicht mit leeren Händen nach Hause gehen. Er bekam unter anderem das Buch „Am Scheideweg“ von Oliver Jauernig, Bezirksgeschäftsführer SPD-Oberfranken.

*Foto: Albrecht Diller*

Kurz vor dem bekannt vernichtenden und alles andere in den Schatten stellende Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 28.10.2020 über das CSU-Lieblingskonzept, die alle EU-Ausländer diskriminierende Autobahn-Maut, stellte das Verwaltungsgericht Hamburg in anderer Sache etwas fest, das in der Dimension nur auf den ersten Blick viel kleiner, unbedeutender ausfällt. Dafür hatte es eine internationale Dimension – und es ging letztlich auch um Menschenrechtsverletzungen, die anscheinend nicht mehr dokumentiert werden sollten. Auch die von CSU-Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, MdB, zu verantwortende Änderung der Schiffssicherheitsverordnung war nicht EU-rechtskonform.



Ein Weiterbestand der Änderung hätte die beiden Beobachtungsschiffe des politisch und religiös unabhängigen Berliner Mare Liberum e.V. wohl auf Dauer erzwungen an die Ankerkette gelegt oder gleich zur Aufgabe der satzungsgemäßen Menschenrechtsbeobachtungen in der Ägäis gezwungen. Die Umbauarbeiten der kleinen Küstenmotorschiffe wären viel zu teuer gekommen. Dort übt die griechische Küstenwache laufend Grenzgewalt aus und führt völkerrechtlich geächtete Pushbacks von Flüchtenden auf dem Meer zurück in die Türkei durch (mehr zur Vereinsarbeit auf <https://mare-liberum.org/de/>). Wenn ein CSU-Bundesminister gleich zweimal EU-Recht verletzt, hätte das eigentlich auch den Partei-Chef alarmieren müssen. Aber dann stand bereits die Bundestagswahl, aber zuvor noch die Spitzenkandidatur bei der Union vor der Tür. Und die hätte CSU-Vorsitzender Markus Söder doch so gerne errungen.

Dass Andreas Scheuer auch beim Bußgeldkatalog im Straßenverkehr „patzte“, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Zuletzt musste auch bereits eine Woche nach dem Start der elektronische Führerschein wegen Sicherheitsproblemen in der Smartphone-App „ID Wallet“ wieder gestoppt werden. Ein letztes Debakel für den noch geschäftsführenden Minister.

Inge Aures, MdL, und Holger Grießhammer als Mitglied des Bezirkstags von Oberfranken kamen zu unserer Stadtratsfraktion und zum Bürgermeister während ihrer Sommersitzungspausen jeweils bei eigenen Gemeindebesuchen. Hauptthema mit Aures war die Verkehrsproblematik in der Oberstadt, wozu sie als verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion danach eine Petition in den Landtag einbrachte. Als Architektin und Master in Denkmalpflege stieg sie als absolute Fachfrau auch auf die oberste Gerüstebene am Palas der Burg Hohenberneck. Sie hatte sich als Wahlkreisabgeordnete, wie auch vier ihrer Kollegen aus der Region und anderen Fraktionen, in München massiv für den Erhalt der Burgruine eingesetzt.

Im Wahlkampf klebten wir in der analog realen Welt als erste der Parteien unsere Wahlplakate, führten einen Info-Tisch auf dem EDEKA-Parkplatz durch, hatten zu einem politischen Kaffee mit unserer erneuten Bundestagskandidatin Anette Kramme eingeladen und besuchten Olaf Scholz beim Oberfranken-Termin in der Hofer Freiheitshalle.

Auf Facebook verglichen wir die Steuerpläne der Bundestagsparteien anhand der Veröffentlichungen des Leibniz-Instituts Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Die Union, AfD und FDP wollten die Spitzenverdiener weitaus höher entlasten als die Geringverdiener – ohne zu sagen, wie solche Mindereinnahmen gegenfinanziert, wo wieviel gekürzt werden muss bei Ausgaben.



## CDU/CSU bleibt Spendenspitzenreiterin

Summe der Großspenden\* an Parteien im Bundestag 2020/2021 (in Euro)



CDU/CSU	3.340.860
FDP	2.055.454
Bündnis 90/ Die Grünen	1.790.548
AfD	100.000
SPD	50.000
Die Linke	0
	<b>7.336.862</b>

\* Als Großspenden gelten alle Spenden ab 50.000 Euro  
Stand: 01. Juli 2021  
Quelle: Deutscher Bundestag



statista

Letzter Stand: 3. November 2021

FDP	4.209.454,00 €
Union	3.606.384,00 €
Grüne	3.440.550,00 €
SPD	175.000,00 €
FW	89.000,00 €
Linke	55.000,00 €

Die Darstellung von statista irrt. Die Veröffentlichungsseite des Bundestages weist für die AfD im laufenden Jahr keine Großspende aus:

<https://www.bundestag.de/parlament/p-raesidium/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2021/2021-inhalt-816896>. Mit einiger Sicherheit wurden ihr aber andere Kosten von dritter, privater Seite übernommen.

Dann informierten wir über die Großspenden (ab 50.000 Euro) an politische Parteien nur im Wahljahr 2021, die immer unverzüglich beim Bundestagspräsidenten angezeigt werden müssen. Abschließend posteten wir noch an vier Tagen vor der Wahl Plakate mit eingängigen Aussagen. Noch am Wahlabend selbst dankten wir unseren Wählerinnen und Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen.

Im Endergebnis konnten wir in Bad Berneck bei einem Rückgang der Wahlberechtigten um 14 Personen einen leichten Anstieg von 38 Zweitstimmen für die SPD verbuchen. Damit stieg der SPD-Stimmenanteil in Bad Berneck auf 24,0 Prozent. Das waren immerhin 2,5 Prozentpunkte mehr als im ganzen Landkreis. Dort betrug er insgesamt 21,5 Prozent.

Wie schon im Vorjahr haben wir auch wieder die Jahreszeit üblichen guten Wünsche zu Weihnachten, dem neuen Jahr, zu Ostern, den Sommerferien und zum Start ins neue Schuljahr über Facebook an unsere Follower verschickt.

### Bericht der Stadtratsfraktion

Udo Sauerstein bezeichnete die Zusammenarbeit im Stadtrat mit den anderen Parteien als insgesamt zufriedenstellend. Angesichts der aktuell aufs Neue erforderlichen Kita-Erweiterung erwies sich die Haltung der SPD-Fraktion in der vorhergehenden Wahlperiode als vorausschauend absolut richtig, dem damaligen Antrag der CSU zur Errichtung eines Sportfeldes auf dem ehemaligen Schwimmbadgelände geschlossen entgegenzutreten. Mit Unterstützung aus Teilen der Freien Wähler-Fraktion konnte diese Entwicklungsfläche für





wichtigere Zukunftsaufgaben bewahrt und zurückbehalten werden. Sonst würde jetzt wohl ein dritter Kita-Standort drohen.



Dem Fraktionsvorsitzenden ist vor allem der Blick in die Zukunft wichtig. Wie sichern und entwickeln wir Erreichtes weiter? Er ist kein Freund von Aktionismus und Schnellschüssen. Das überlässt er anderen.

*Foto: Albrecht Diller*

Noch nie in seiner langjährigen Ratsarbeit hat Sauerstein eine solche Dichte an Sitzungen – auch online – erlebt, wie seit der letzten Kommunalwahl. Außerdem war eine Folge schwerwiegender Entscheidungen zu treffen. Zunächst mit der Lösung zur Anlieger-Kostenbeteiligung mit 50 Prozent in der Vorderen Warmeleite und dann zur Gestaltung des Ölschnitzufers, als die wohl größte Baustelle, die unsere Stadt je gesehen hat.

Bei der Vorderen Warmeleite wies er auch auf Klagen von Anwohnern hin, deren Ziel ihre vollständige Entlastung sei. Würde deren Wunsch auf dem Verwaltungsgerichtsweg entsprochen, dann kämen auf die Stadt und letztlich auf die ganze Einwohnerschaft der volle Aufwand von 100 Prozent zu. Beim linken Ölschnitzufer der Oberstadt war der Antrag der SPD zu einer schonenden Sanierung der vorhandenen Mauerteile, insbesondere der Naturstein-Trockenmauern, von der Ratsmehrheit aus CSU, Freie Wähler und Grüne abgelehnt worden. Schließlich erhielt auch das Ratsbegehren zur Ufermauer die Mehrheit der Stimmbürgerinnen und -bürger.

Das Versprechen der Befürworter zu einem schnellen Beginn der Maßnahme wartet jedoch bis heute auf seine Erfüllung. Ein neues umfangreiches Gutachten zum Baugrund steht immer noch aus. Bekannt ist zumindest, dass anscheinend mehr harter Diabas-Fels im Untergrund



angetroffen wurde als erwartet. Die zeitliche Verlängerung der Sondierungsbohrungen um rund zwei Wochen lassen jedenfalls darauf schließen und verheißen nichts Gutes für Kosten, Bauzeit sowie die unmittelbare Belastung der Anlieger und darüber hinaus finanziell für die Stadt. Die letzte Kostenschätzung aus dem Vorjahr, also noch vor dem Bodengutachten, betrug 11,6 Millionen Euro. Davon würde nur der Mehraufwand für Architekt Peter Haimerl in Höhe von knapp einer Million Euro aus den Mitteln der Städtebauförderung zu 90 Prozent gefördert. Beim großen restlichen Bauvolumen soll die Förderquote zwischen 60 und 70 Prozent betragen.

Bekannt ist, dass EDEKA und ALDI gemeinsam an der Maintalstraße/B303 völlig neu bauen wollen, entsprechend ihrer Laden-Konzepte. Dies sind unternehmerische Entscheidungen. Die SPD-Fraktion trägt diese politisch mit. Denn nur so bleibt der Standort beider in unserer Stadt auch auf Dauer gesichert. Umgekehrt können die gemeinsamen Vorstellungen von CSU, Freien Wählern und Grüne dies eben nicht dauerhaft gewährleisten, weil sie den Entscheidungen beider Unternehmen zuwider laufen.

Die langjährige Problemzone des Alten Krankenhauses mit Grundstück ist abgearbeitet und in professionelle Hände übergeben. Als „Baustellen“ verbleiben weiterhin das Stadtmuseumsgebäude und das Kurhaus. Letzteres ist hochgradig sanierungsbedürftig mit einem geschätzten Bedarf von circa einer Million Euro, um nur die weitere Betriebsfähigkeit zu erreichen. Es wird zwar für die Stadt, Vereine und Geselligkeiten gebraucht. Da die Stadt die Mittel nicht aufbringen kann, ist das Projekt einem Makler übergeben.



Ortstermin mit Inge Aures, MdB, anlässlich ihres Gemeindebesuchs wegen der Verkehrssituation und der Petition. Von links: Zuhail Giray, Harry Kröhn, Udo Sauerstein, Inge Aures und Jürgen Zinnert.

*Foto: Albrecht Diller*

Unsere Landtagsabgeordnete Inge Aures hat die bereits erwähnte Petition von Bürgermeister und SPD-Stadtratsfraktion zur Lösung der Verkehrssituation in der Oberstadt bei Autobahnstau



im Bayerischen Landtag eingebracht. Im Ortsteil Röhrenhof wurde auf Antrag unserer Fraktion die Verkehrssicherheit mit Einrichtung der Tempo-30-Zone erhöht.

Weiterhin hat unsere Fraktion vor kurzem einen umfangreichen Antrag zur Vorsorge von Hochwasserereignissen infolge Starkregen an die Verwaltung gestellt, der zweierlei Ziele verfolgt. Zum einen geht es um die Einläufe in die Ölschnitz und in den Weißen Main, für die als Gewässer 3. Ordnung allein die Stadt zuständig ist. Hier muss sichergestellt werden, dass zum einen sämtlich mögliches Treibgut entfernt und ein Verstopfen der Verrohrungen durch Anbringen von Gittern vermieden wird. Der zweite Teil des Antrags fordert Gespräche mit den zuständigen Trägern öffentlicher Belange zur Prüfung und Umsetzung der Vorschläge zum Hochwasserschutz, die das Kemnather Ingenieurbüro Wolf & Söhne bereits im Jahr 2010 in seiner gutachtlichen Stellungnahme für Ölschnitz und Weißen Main vorgeschlagen hatte. Denn für Gewässer 2. Ordnung ist allein der Freistaat zuständig.

#### Berichte der Kassiererin und Revisoren sowie Entlastung des Vorstands

Tanja Pauler legte in ihrem Kassenbericht für das abgelaufene Jahr 2020 solide Zahlen einer geordneten Buchführung und Finanzlage vor. Die beiden Revisoren bestätigten dies in ihrem Bericht als einwandfrei und uneingeschränkt. Dem von Revisorin Christine Schneider gestellten Antrag auf Entlastung des Vorstandes wurde einstimmig entsprochen.

#### Neuwahlen

Als Vorsitzende wurde Zuhail Giray, zur Stellvertretung Albrecht Diller, zur Schriftführung Dilara Giray und zur Kassenführung Tanja Pauler in getrennten geheimen Wahlgängen gewählt – alle einstimmig. In einer weiteren geheimen Wahl ebenfalls einstimmig gewählt als Beisitzende wurden in alphabetischer Reihenfolge Taner Ekici, Irene Heinzl, Harald Kröhn, Wolfgang Kruhme, Karin Pöhlmann, Juliane Riedelbauch, Udo Sauerstein und Jürgen Zinnert. Mit je sechs Frauen und Männern ist der Vorstand ausgewogen paritätisch besetzt.

Als Kreiskonferenz-Delegierte sind gewählt: Zuhail Giray, Harry Kröhn und Jürgen Zinnert. Ersatzdelegierte sind Albrecht Diller und Richard Schneider. Delegierte zum Unterbezirks-Parteitag sind Albrecht Diller, Taner Ekici und Zuhail Giray. Ersatzdelegierte sind Tanja Pauler und Udo Sauerstein.



Die Aufgabe der Wahlkommission haben Sonja Wagner, Halil Tasdelen und Jan Michael Fischer

*Foto: Albrecht Diller*

Per Akklamation wurden Thomas Sauerstein und Christine Schneider wieder zu Revisoren bestimmt.

#### Kurzer Rück- und Ausblick des Bürgermeisters

Jürgen Zinnert ging am Ende der Veranstaltung auf die aktuelle kommunale Finanzsituation ein. Zwar hat die Stadt nicht schlecht gewirtschaftet. Aber die Einnahmen fließen nicht ganz so wie geplant. Insbesondere Baumaßnahmen müssen weiter vorfinanziert werden. So wartet die Stadt derzeit auf eine Zuwendung in Höhe von 1,5 Millionen Euro vom Wasserwirtschaftsamt Hof. Auch können die Einmalbeiträge der Grundstücksbesitzer für die Kläranlagensanierung in Höhe von 2,5 Millionen Euro erst ab Anfang kommenden Jahres erhoben werden. Deshalb wurde in der November-Sitzung des Stadtrats ein Nachtragshaushalt mit Erhöhung der Kassenkredite einstimmig beschlossen. Zuvor war das schriftliche Einverständnis der kommunalen Rechtsaufsicht eingegangen.

Einen ganz großen, bitteren Wermutstropfen hatte er allerdings auch dabei. Die Stadt wird für das laufende Jahr 2021 keine Stabilitätsbeihilfe des Freistaats erhalten.

Abgeschlossen wurden die Erneuerungen bei der Wasserversorgung in den Stadtteilen Föllmar und Bärnreuth. Im Ausblick stehen die Klärungen an bei der Feuerwehr-Bedarfsplanung sowie beim Kunstrasenplatz in Escherlich, für den sich Anette Kramme und Andreas Schwarz, beide MdBs, für die Förderung aus Bundesmitteln in Höhe von 90 Prozent kräftig ins Zeug gelegt haben.



Trotz mancher Widrigkeiten und Enttäuschungen im Bürgermeisteramt führt Jürgen Zinnert auch in der dritten Amtszeit seinen Optimismus und die Vorstellungen für ein noch besseres Bad Berneck unbeirrt weiter fort.

*Foto: Albrecht Diller*

## Schlussbetrachtung

Im Bund stehen für die SPD aktuell die Zeichen auf weitere Gestaltung der Politik für die Menschen, unter dem Rahmen der sich abzeichnenden Koalitionsvereinbarung. Insgesamt dürfte mehr Bewegung drin sein, zumindest ohne die bisherigen Bremsklötze. Dass wir auch in Bayern soweit kommen können, scheint erstmals seit Jahrzehnten nicht mehr so ganz unwahrscheinlich. Was unsere Versammlung betrifft, übertraf sie an Vielfalt der Inhalte sicher manche Erwartungen, die zuvor eher in Richtung eines kurzen Termins wegen der Pandemie tendierten. Wirklich aufgefallen ist die Dauer von knapp drei Stunden dann überhaupt nicht mehr.

Ehrengast Arif Tasdelen zeigte interessante Perspektiven auf, die unsere Arbeit noch weiter beleben dürften. Ortsverein und lokale Kommunalpolitik belegten, dass wir aktiv im hier und heute leben.



Trotz wie nie zuvor steigender Inzidenzwerte kam doch ein Drittel der Mitglieder, geschützt mit 2G, zur Versammlung. Für alle Verhinderten fällt dieser Bericht daher so ausführlich aus. Auch um atmosphärisch, stimmungsmäßig einbezogen zu werden in den sich abzeichnenden Aufbruch – im Bund sowieso und bald auch in Bayern. Es lohnt sich! Macht alle mit!

Für den SPD Ortsverein Bad Berneck  
Albrecht Diller, Stellvertretender Vorsitzender  
November 2021